

# Sozialistische Politik heisst auch Aktive Aussenpolitik im Sinne der internationalen Solidarität

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **65 (1971)**

Heft 9

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141922>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In seiner Eröffnungsrede in Nazareth ernennt sich Jesus zum Messias (Lukas 4, 16-21) und verkündet die Einrichtung eines Jubeljahres gemäß dem Gesetz Moses. Um der Anhäufung des Kapitals in den Händen Weniger vorzubeugen, sah Moses vor:

1. Erlaß der Schulden alle sieben Jahre;
2. Freilassung der Sklaven alle sieben Jahre;
3. Zuteilung eines kleinen Startkapitals an den Freigelassenen;
4. Neuverteilung des Landes alle neunundvierzig Jahre.

Dies nennt Jesus, wie der Prophet Jesaja: «Das Gnadenjahr des Herrn und ein Tag der Rache unseres Gottes.» (Jesaja 61, 2.)

Versuchten wir im Jahr 1970 eine solche andauernde Revolution anzuwenden, könnten die Vereinten Nationen das Problem der Verschuldung der unterentwickelten Länder, die Ursache von Ungleichheit und Ausbeutung, lösen und man könnte im Inneren jeder Nation eine echte Gesellschaft gründen, ohne die individuelle Aktivität und Freiheit zu lähmen.

(Übersetzt von H. Vaccaro)

Sozialistische Politik heißt auch

## Aktive Außenpolitik im Sinne der internationalen Solidarität

Wenn die offizielle Schweiz ihre Friedensliebe erklären und verteidigen muß, so weist sie darauf hin, daß erstens unsere Armee seit langer Zeit kein fremdes Territorium angegriffen und zweitens, daß sie während der Weltkriege den Krieg von unserem Land ferngehalten habe. (Das erste Argument ist ebenso richtig wie auch für einen Kleinstaat selbstverständlich; auch die zweite Überlegung stellt kein besonderes Verdienst dar, es sei denn, man beurteile den Krieg rein nationalistisch und nicht menschlich). Wer sich mit dieser Erklärung zufrieden gibt, soll sich zufrieden geben! Wir verstehen unter Friedensarbeit etwas mehr, zum Beispiel konkrete Beiträge zur Entspannung in diesem oder jenem Teil der Welt, vielleicht sogar Lösungsbeiträge zu den großen wirtschaftlichen Konflikten im Nahen oder Fernen Osten, zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten. Das verstehen wir unter der aktiven Außenpolitik eines Kleinstaates. Wenn wir das Verhalten der Schweiz mit diesem Maßstab messen und zum Vergleich noch die Politik anderer Kleinstaaten zuziehen, so schneidet unser Land miserabel schlecht ab:

Im Gegensatz zu zahlreichen vergleichbaren Staaten Europas und Amerikas hat bei uns noch kein Friedensforschungsinstitut die Arbeit aufgenommen. Als einziger Staat der Welt gehören wir freiwillig nicht der UNO an. Bis heute beteiligen wir uns weder bei den Blauhelmen noch bei internationalen Katastrophenequipen. Den Atomsperrvertrag haben wir bis heute nicht ratifiziert. Wenn es um die öffentlichen Beiträge der Schweiz an die Entwicklungsländer geht, figurieren wir am Schwanz der Statistiken. In Schweden gibt es ein Abrüstungsministerium; bei uns nicht einmal eine Abteilung oder einen Delegierten für Abrüstung!

Diese traurige Aufzählung könnte noch fortgesetzt werden. Sie ist nicht zufällig und gilt nicht nur gerade für diese Tage. Leider charakterisiert sie unsere Außenpolitik.

Fragen wir nach den Gründen, so erhalten wir im allgemeinen sehr verschwommene Antworten: Geduld — das Lieblingswort des Bürgertums! Oder: In der Schweiz geht es immer sehr langsam, siehe Frauenstimmrecht! Vielleicht hatten wir die falschen Parlamentarier gewählt. . . . Für uns ist die Antwort leichtverständlich und klar, wenn sie vielleicht auch nicht alle Aspekte umfaßt:

### **Das militärische Denken ist schuld**

Das militärische Denken, das übrigens nicht nur in der Armee weitverbreitet ist, ist auf eine feindliche Umwelt, auf eine totale Bedrohung unseres Landes, auf ein ganz konkretes Feindbild ausgerichtet. Damit verbunden ist die Blindheit für die wirtschaftlichen Hintergründe und Interessen und für die gesellschaftlichen Veränderungen. Da das militärische Denken in der Regel davon ausgeht, alle Probleme müssen militärisch gelöst werden, neigt es immer und zwangsläufig zum totalitären Verhalten.

Nehmen wir das Beispiel des schweizerischen Generalstabschefs. Korpskommandant Paul Gygli schrieb in seinem jüngsten Aufsatz «Probleme unserer Landesverteidigung» in «Dossier Schweiz, betrifft Neutralität» (Büchler-Verlag, Wabern 1970, S. 63) ausdrücklich von der «totalen Bedrohung». Wohlverstanden 1970, nicht 1940! Wer unsere heutige Lage derart beurteilt, muß folgerichtig auch einen Erlaß gegen armeefeindliche Umtriebe produzieren und überhaupt jedes kritische Verhalten in Frage stellen.

Gygli ist aber kein Einzelfall, sondern nur Exponent des schweizerischen Abwehrdenkens, wie es sich im Zivilverteidigungsbuch, in der Gesamtverteidigung oder in den jüngsten strategischen Studien des Prof. Karl Schmid äußert.

Wer sich von solchen Auffassungen leiten läßt, kann natürlich nicht glaubwürdig für den Beitritt der Schweiz zur UNO eintreten. Dort sitzen ja ausschließlich unsere Feinde, die uns schwächen wollen. Die Opposition

gegen den Atomsperrvertrag kommt fast nur von Offizierskreisen, übrigens angeführt von Paul Gygli (auch wenn er sich in der Zwischenzeit zurückziehen mußte)! Schweizerische Blauhelme und das internationale Katastrophenkorps scheiterten bis heute am Widerstand des Eidgenössischen Militärdepartementes. Wenn schon ein Friedensforschungsinstitut, dann soll es militärwissenschaftlichen und strategischen Instituten ein- und untergeordnet werden. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Die schweizerische Fremdenfeindlichkeit ist letztlich die Folge des militärischen Abwehrdenkens. Anders ausgedrückt: Als militärisches Denken schweizerische Intoleranz befruchtete, schenkte diese dem Schwarzenbach das Leben, und das Großkapital stand zu Gevatter.

Auch für eine gerechte Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und Industriestaaten kann nicht eintreten, wer überall Feinde, Bedrohung, Subversion sieht. Ganz anders sieht es aus, wenn es nicht um Entwicklungsländer geht, sondern um Staaten wie Südafrika, Brasilien, Griechenland, Spanien, Persien usw.: Da wird unser Kleinstaat bedenkenlos zur wirtschaftlichen Mittelmacht. Es ist eine schöne und geeignete Aufgabe für den Leser, auf Grund dieser Überlegungen Außenpolitik und militärisches Denken über das Dreiecksverhältnis nachzudenken:

**Wirtschaftliche Macht — Militärisches Denken — Aktive Außenpolitik.**

Hansjörg Braunschweig

## Brauchen wir vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot?

Der «Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über das Volksbegehren betreffend vermehrte Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot» vom 7. Juni 1971 erhielt nicht nur von den Initianten selber eine schlechte Note. Der Motionär für einen umfassenden Bericht, Nationalrat Dr. Walter Renschler, bezeichnete ihn als «oberflächlich, dürftig und paradox». Man muß sich fragen, ob dieses harte Urteil berechtigt ist, wenn der Bundesrat zunächst seine eigene Antwort zitiert, die er vor vierunddreißig Jahren auf das damalige Volksbegehren gegen die private Rüstungsindustrie erteilt hat. In der Zwischenzeit hat immerhin der Zweite Weltkrieg Europa und weitere Teile der Welt heimgesucht und teilweise vernichtet. Mit dem erstmaligen und bisher nicht wiederholten Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ist er zu Ende gegangen. Der Bundesrat aber stellt lapidar fest: